

# Briefe

Zur Orientierung im Konflikt Mensch – Erde



THEMENSEITEN: RENAISSANCE DER ATOMKRAFT?



EVANGELISCHE  
AKADEMIE  
SACHSEN-ANHALT

---

# INHALT

---

<b>Editorial</b>	<b>3</b>
<b>Geistliches Wort</b>	<b>4</b>
<b>Petition</b>	
Erhöhte Krebsraten und massive Umweltzerstörung in den Förderregionen: Wir müssen den Import von Fracking-Gas stoppen!	<b>5</b>
Wasserstoff-Importstrategie wird zur Gefahr für Klimaschutz und Exportländer	<b>8</b>
<b>Aus der Wissenschaft</b>	
Klima und Biodiversität schützen, Hochwasser vorbeugen: Leopoldina veröffentlicht Stellungnahme zur Revitalisierung von Mooren und Auen	<b>10</b>
<b>Aus der Politik</b>	
Drei-Länder-Gipfel zum Wasserhaushalt in der Lausitz	<b>13</b>
<b>Aus den Kirchen</b>	
Leitbild AG Kirchenwald aktualisiert	<b>15</b>
Hoffnung für die Erde leben	
Gerechtigkeit – Frieden – Schöpfung	<b>17</b>
Kirche im Barnim: Werkstattabend für Klimaschutz	<b>19</b>
Entscheidungshilfe Mobilfunk	<b>22</b>
<b>Impressum</b>	<b>23</b>
<b>Zum Schluss</b>	<b>24</b>
<b>THEMENSEITEN: Renaissance der Atomkraft?</b>	
„Atomenergie-Renaissance“ oder energiepolitische Sackgasse? ( <i>Wolfram Hädicke</i> )	<b>1</b>

Liebe Leserinnen und Leser,

die gute Nachricht vorweg: die deutschen Gasspeicher sind gut gefüllt, es sind keine Versorgungsengpässe im kommenden Winter zu erwarten. Wie dieses Gas gewonnen und transportiert wird und wie lange neu geschlossene Lieferverträge gelten, wird eher selten thematisiert. Die Deutsche Umwelthilfe (DUH) hat eine Petition gestartet, die auf die Gefährdung der Umwelt und der Gesundheit der Menschen in den Herkunftsregionen aufmerksam macht (S. 5). Die Klima-Allianz Deutschland weist in einer Mitteilung vom 24. Juli auf die Risiken der Produktion von Grünem Wasserstoff in den Herkunftsländern hin (S. 8). Und die Akademie der Naturwissenschaften Leopoldina fordert in einer Stellungnahme zur dringend nötigen Revitalisierung von Mooren und Auen für den Schutz von Klima und Biodiversität auf (S.10).

In der Lausitz wird darüber nachgedacht, wie nach dem Kohle-Aus weiterhin Wasser in der Spree fließt. Sie wird bisher zu 50 bis 80 Prozent durch Sumpfungswasser aus den Tagebauen gespeist. Ein durchaus ernst gemeinter Vorschlag lautet, eine Wasserüberleitung von der Elbe zu bauen. Dem Fluss, der mitsamt seinen Auen selbst unter Wassermangel leidet (S. 13).

Gern mache ich Sie auf die Abschlussveranstaltung des Projektes „Hoffnung für die Erde leben“ aufmerksam, die vom 13. bis 15. September in Dresden stattfindet und eine Initiative der Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen (ACK) mit zahlreichen Partnerorganisationen ist. Das Programm ist reich und einladend.

Die Themenseiten sind der Atomkraft gewidmet. Denn lauter werden die Forderungen nach einem Ausstieg aus dem Atomausstieg. Wolfram Hädicke, Vorsitzender des Fördervereins der Studienstelle, hat seine Sicht auf diese Forderungen aufgeschrieben. Ergänzt wird der Beitrag von Daten zum Thema und einer Reihe von weiterführenden Quellen. Über Ihre Rückmeldungen zu dem Thema würde ich mich freuen, insbesondere, ob Sie eine Tagung zum Thema für geboten halten.

Ich wünsche Ihnen eine spannende Lektüre und eine gute Zeit.

Frohe Grüße

Ihre Siegrun Höhne

„Ich habe mein Wort in deinen Mund gelegt und habe dich unter dem Schat-  
ten meiner Hände geborgen, auf dass ich den Himmel von Neuem ausbreite  
und die Erde gründe und zu Zion spreche: Du bist mein Volk.“ Jesaja 51,16

von Klaus-Peter Lüdke

*Mein Schöpfer, es ist so dunkel geworden,  
und ich bin mir nicht sicher, ob es auch wieder hell wird.  
Zu viele finstere Mächte treiben ihr Unwesen in dieser Welt:  
das Meere auftürmende und Land verschlingende Chaos,  
der Drache, der deine Schöpfung mit seiner Glut verzehrt,  
der Bedränger, der die Völker ihrer Heimat beraubt  
und unter großem Verlust auf ruhelose Wanderschaft schickt.*

Mein Kind, fürchte dich nicht,  
ich habe das Chaos in die Schranken gewiesen,  
den Drachen bezwungen und den Bedränger lächerlich gemacht.  
Ich berge dich unter dem Schutz meiner Hände und Flügel.

Nie gebe ich dich verloren.

Ja, es ist finster geworden, doch weil ich dich liebe,  
bin ich in die Finsternis hinabgestiegen, damit du dort nicht alleine bist.  
Dort wird mein Licht am hellsten aufleuchten.

*Mein Gott, weil deine Schöpfung zusehends zerfällt, ist mir angst.  
Ihre Widersacher erscheinen immer wieder in neuer,  
todbringender Gestalt als Feinde deines Werkes.*

*Ich will mich verstecken. Aber wo ich auch bin,  
decken sie mich auf und rauben mir meine Sicherheit.*

Mein Kind, du bist nicht ohne Schutz!

Ich lege dir mein schöpferisches Wort in den Mund.

Du bist nicht nur Zeuge meines neuen Schaffens an dieser Schöpfung.

Ich verleihe dir die Macht, Teil meines heilsamen Wirkens zu sein.

Selbst wenn der Himmel fällt, breite ich ihn wieder über dir aus.

Selbst wenn die Erde vergeht, gründe ich sie neu. Denn ich bin dir treu.

Anm. d. Redaktion:

Nachzulesen in „Mehr Schöpfer wagen – ökologische Spiritualität für jeden Tag“

Manuela Kinzel Verlag Dessau/ Göppingen

ISBN: 978-3-95544-104-3

## **Erhöhte Krebsraten und massive Umweltzerstörung in den Förderregionen: Wir müssen den Import von Fracking-Gas stoppen!**

Petition der Deutschen Umwelthilfe (DUH)

Deutschland importiert seit Inkrafttreten des LNG<sup>1</sup>-Beschleunigungsgesetzes (Anm. der Red.: am 24. Mai 2022) immer mehr Fracking-Gas – vor allem aus den USA. Das hat furchtbare Folgen! Neben den verheerenden Klima-Auswirkungen führt Fracking unter anderem zu vergiftetem Grundwasser, Fehlgeburten, Krebserkrankungen und Atemwegserkrankungen in den Gemeinden, in denen so gefördert wird. Die Liste der negativen Gesundheitsauswirkungen ist lang und durch Studien gut dokumentiert. Der deutsche Gashunger hat direkte Auswirkungen auf die Menschen, die in unmittelbarer Nähe zu den Fracking-Anlagen leben müssen. Betroffen sind vor allem arme Menschen, häufig Minderheiten. Für uns kaum vorstellbar werden die gefährlichen Anlagen bis mitten in ihre Wohngebiete gebaut. Chloe aus Texas berichtet:

„Wir haben gesehen, wie viele Menschen immer kränker wurden und schließlich starben, und das steht in direktem Zusammenhang mit dem Leben in einem so krebserregenden und giftigen Gebiet.“ – Chloe Torres, Einwohnerin von Corpus Christi (Texas).

Die deutsche Bundesregierung nimmt diese Gesundheitsrisiken und Umweltverschmutzungen durch den Import von Flüssigerdgas, das fast immer mit der hochproblematischen Frackingtechnologie gefördert wird, billigend in Kauf.

An der Nord- und Ostsee werden immer mehr und immer größere LNG-Importterminals gebaut, über die eine immer größere Menge an Gas nach Deutschland importiert werden soll – ein Großteil davon: Fracking-Gas. Mit Geld aus Deutschland werden sogar Exportanlagen in den USA gebaut. Und deutsche Unternehmen schließen langfristige Lieferverträge, die über Jahrzehnte hinweg die Umwelt und die Gesundheit der Menschen zerstören.

---

<sup>1</sup> Liquefied natural gas (LNG)

Dabei ist der geplante massive Ausbau der LNG-Import-Anlagen völlig überdimensioniert, wie auch das Forschungsinstitut DIW<sup>2</sup> bestätigt: Deutschland benötigt dieses Fracking-Gas nicht, um die Energieversorgung sicherzustellen. Die deutschen Gasspeicher sind besser gefüllt als je zuvor und eine Gasmangel-lage gab es zu keinem Zeitpunkt.

Sie können uns helfen, diesem Irrsinn ein Ende zu bereiten! Fordern Sie mit uns ein Import-Verbot für Fracking-Gas! Nicht nur aus den USA, sondern aus allen Regionen der Welt. Andere Staaten wie Irland haben das bereits getan. Folgen wir ihrem Beispiel.

Viele Gründe sprechen gegen den Import von Fracking-Gas. Alle Informationen finden Sie auf unserer Website. Hier die wichtigsten Fakten im Überblick:

## **1. Die Klimabilanz von Fracking-Gas ist katastrophal**

Die Klimabilanz von Fracking-Gas fällt mindestens so schlecht aus, wie die von Kohle. Denn bei der Förderung, dem Transport und der Lagerung treten erhebliche Mengen des extrem klimaschädlichen Gases Methan aus.

## **2. Fossiler Lock-In**

Deutschland investiert Milliarden in den Bau von LNG-Terminals und bindet sich mit Lieferverträgen bis weit in die 2040er-Jahre an den fossilen Brennstoff – wenn wir eigentlich längst ausgestiegen sein müssten. Sollten wir tatsächlich die geplante Menge an Fracking-Gas importieren, wird Deutschland seine Klimaziele nicht erreichen können.

## **3. Fracking verursacht massive Umweltschäden**

Beim Fracking werden giftige Chemikalien zu einem Frack-Fluid vermischt und in die Erde gepresst. Das kann zur Vergiftung des Grundwassers führen.

---

<sup>2</sup>Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung Berlin

## 4. Gesundheitsschäden – vor allem bei Minderheiten

Fracking macht krank und tötet – an kaum einem anderen Ort in den USA sind die Krebsraten so hoch wie dort, wo Fracking-Gas für den Export nach Deutschland gefördert und verarbeitet wird. Unter den negativen Auswirkungen von Fracking leiden diejenigen Menschen besonders, die sich am wenigsten wehren können. In den USA sind das oft Minderheiten wie Schwarze und Hispanics mit geringem Einkommen.

Machen Sie sich daher jetzt gemeinsam mit uns stark: Setzen Sie mit Ihrer Unterschrift ein Zeichen gegen diesen fossilen Wahnsinn!

Hier können Sie die Petition direkt unterzeichnen:

[www.duh.de/projekte/frackinggas-importe-stoppen/?&wc=NL\\_DI\\_240710](http://www.duh.de/projekte/frackinggas-importe-stoppen/?&wc=NL_DI_240710)

Weitere Informationen auf der Homepage der DHU:

<https://www.duh.de/fracking/>

## **Wasserstoff-Importstrategie wird zur Gefahr für Klimaschutz und Exportländer**

Pressemeldung der Klima-Allianz Deutschland vom 24.7.2024

Heute hat das Bundeskabinett den lang erwarteten Entwurf der Wasserstoff-Importstrategie verabschiedet. Diese zeigt auf, wie ein Großteil des deutschen Wasserstoffbedarfs durch Importe, unter anderem aus Ländern des Globalen Südens, gedeckt werden soll. Die Klima-Allianz Deutschland kritisiert, dass die Strategie keine konkreten Nachhaltigkeitskriterien enthält und fordert eine Nachbesserung.

Dr. Christiane Averbeck, Geschäftsführende Vorständin der Klima-Allianz Deutschland und Mitglied des Nationalen Wasserstoffrates, erklärt:

„Ohne konkrete Nachhaltigkeitskriterien wird die Wasserstoff-Importstrategie zur Gefahr für den Klimaschutz und die Menschen in den Exportländern. Damit steht die Akzeptanz deutscher Projekte auf dem Spiel und damit die gewünschte Investitionssicherheit.

Zudem befürchten wir, dass die Bundesregierung den Import von klimaschädlichem blauen Wasserstoff aus Erdgas mit Steuergeldern fördern wird. Dies setzt falsche Anreize und gefährdet den Hochlauf grüner Wasserstoffimporte. Nur grüner Wasserstoff aus zusätzlichen erneuerbaren Energien leistet einen Beitrag zum Klimaschutz.

Sowohl die Zivilgesellschaft als auch der Wasserstoffrat haben umfassende Vorschläge vorgelegt, um negative lokale Auswirkungen der Wasserstoffproduktion wie Wasserknappheit und Landnutzungskonflikte zu vermeiden. Als reiches Industrieland und historischer Klimaverschmutzer muss Deutschland sicherstellen, dass die Partnerländer gleichermaßen von den Wasserstoffprojekten profitieren, etwa durch Wertschöpfung und eine verbesserte erneuerbare Energieversorgung.

Wir fordern die Bundesregierung auf, die Importstrategie nachzubessern, die Vorschläge bei der Umsetzung – etwa in Förderprogrammen wie H2Global – zu berücksichtigen und dabei die Zivilgesellschaft in Deutschland sowie in den Partnerländern zu beteiligen.“

---

# PETITION

---

Die Klima-Allianz Deutschland ist das breite gesellschaftliche Bündnis für den Klimaschutz. Mit rund 150 Mitgliedsorganisationen aus den Bereichen Umwelt, Kirche, Entwicklung, Bildung, Kultur, Gesundheit, Verbraucherschutz, Jugend, Soziales und Gewerkschaften setzt sie sich für eine ambitionierte und sozial gerechte Klimapolitik auf lokaler, nationaler, europäischer und internationaler Ebene ein. Ihre Mitgliedsorganisationen repräsentieren zusammen rund 25 Millionen Menschen.

*presse@klima-allianz.de*  
*www.klima-allianz.de*

Weitere Informationen zur Wasserstoffstrategie:

Forderungspapier der deutschen Zivilgesellschaft:  
[www.klima-allianz.de/publikationen/publikation/nachhaltige-und-gerechte-wasserstoffimporte-forderungspapier-der-deutschen-zivilgesellschaft-zur-wasserstoffimportstrategie](http://www.klima-allianz.de/publikationen/publikation/nachhaltige-und-gerechte-wasserstoffimporte-forderungspapier-der-deutschen-zivilgesellschaft-zur-wasserstoffimportstrategie)

Nachhaltigkeitskriterien für Importprojekte von erneuerbarem Wasserstoff und PtX-Produkten vom Nationalen Wasserstoffrat:  
[www.wasserstoffrat.de/fileadmin/wasserstoffrat/media/Dokumente/2021-10-29\\_NWR-Stellungnahme\\_Nachhaltigkeitskriterien.pdf](http://www.wasserstoffrat.de/fileadmin/wasserstoffrat/media/Dokumente/2021-10-29_NWR-Stellungnahme_Nachhaltigkeitskriterien.pdf)

### **Klima und Biodiversität schützen, Hochwasser vorbeugen: Leopoldina veröffentlicht Stellungnahme zur Revitalisierung von Mooren und Auen**

Pressemeldung der LEOPOLDINA vom 27. Juni 2024

Naturnahe Moore und Auen schützen als Kohlenstoffspeicher das Klima. Durch ihren Wasserrückhalt puffern sie Hochwasser- und Trockenperioden ab. Nicht zuletzt sichern sie Lebensräume für gefährdete Arten. In Deutschland sind jedoch rund 94 Prozent der Moore trockengelegt sowie nahezu alle Überflutungsgebiete (Auen) von den Flüssen abgeschnitten. Die heute erschienene Stellungnahme „Klima – Wasserhaushalt – Biodiversität: Für eine integrierende Nutzung von Mooren und Auen“ der Nationalen Akademie der Wissenschaften Leopoldina betont die Notwendigkeit der Wiedervernässung von Mooren und der Renaturierung von Auen. Sie zeigt Handlungsoptionen auf, um die nationalen und internationalen Verpflichtungen im Klima-, Gewässer- und Biodiversitätsschutz zu erreichen und diese Flächen trotzdem wirtschaftlich nutzen zu können.

„Moore speichern etwa zehn Prozent des globalen Süßwassers. Auen erfüllen wichtige Funktionen des Wasserrückhalts bei Hochwasser bzw. des Wasserrückstroms in Trockenzeiten. Nirgendwo in Mitteleuropa ist die Artenvielfalt so hoch wie in diesen Feuchtgebieten“, sagt Leopoldina-Mitglied Prof. Dr. Klement Tockner, Generaldirektor der Senckenberg Gesellschaft für Naturforschung. Er ist einer der Sprecher der Arbeitsgruppe, die die Stellungnahme erarbeitet hat. „Für einen erfolgreichen Transformationsprozess hin zu naturnahen Moor- und Auenflächen brauchen wir einen systemischen Ansatz, der Klima- und Biodiversitätsschutz gemeinsam denkt und zugleich den Wasserhaushalt, verschiedene Nutzungsoptionen, aber auch rechtliche Aspekte berücksichtigt.“ Prof. Dr. Bernd Hansjürgens vom Helmholtz-Zentrum für Umweltforschung, ebenfalls Sprecher der Arbeitsgruppe, ergänzt: „Die Bewältigung all dieser Aufgaben ist eine gesamtgesellschaftliche Herausforderung, zu der viele Institutionen und Akteure beitragen. Wie wichtig natürliche Überflutungsflächen sind, wurde bei den letzten Hochwasserkatastrophen in Bayern, im Saarland und in Nordrhein-Westfalen abermals deutlich.“

In der Stellungnahme beschreiben die Autorinnen und Autoren den aktuellen Zustand der Moore und Auen in Deutschland. Um die Klimaziele zur Begren-

zung der Erderwärmung zu erreichen, müssten bis 2050 nahezu alle entwässerten Moorflächen Deutschlands wieder vernässt werden. Die am 17. Juni 2024 vom EU-Umweltrat verabschiedete Verordnung zur Wiederherstellung der Natur (Nature Restoration Law) legt Ziele zur Wiedervernässung von Mooren und Renaturierung von Auen für die Europäische Union fest. Auch die UN-Biodiversitätskonvention hat bis 2030 den Schutz und die Renaturierung von mindestens 30 Prozent der weltweiten Land-, Süßwasser- und Meeresflächen festgeschrieben. Dabei sollten jene Flächen Vorrang haben, die überproportional zum Klima- und Biodiversitätsschutz beitragen. Dazu zählen Moore und Auen.

Die Stellungnahme betont, dass der Schutz der noch intakten Moore und frei fließenden Gewässer die höchste Priorität haben sollte. Bei der Wiedervernässung trockengelegter Moore müssten Lösungen für die Flächenkonkurrenz gefunden werden. Alle Akteure aus Bund, Ländern und Kommunen, aus Verwaltung, Verbänden, die Landeigentümerinnen, -eigentümer sowie Landnutzende müssen in diesen Prozess eingebunden werden, so die Mitglieder der Arbeitsgruppe. Es sollten schnell realisierbare Maßnahmen anhand einheitlicher Kriterien identifiziert werden. Hierzu zählen insbesondere Wiedervernässungsmaßnahmen in Schutzgebieten sowie auf Flächen, deren Eigentümerinnen und Eigentümer eine hohe Bereitschaft zeigen, kurzfristig auf alternative Nutzungen überzugehen oder einem Flächentausch zuzustimmen. Bei der Renaturierung von Auen gelte es zu prüfen, bei welchen Flüssen der mit der Renaturierung verbundene Nutzen höher zu gewichten ist als die Nutzung der Auenflächen durch den Menschen.

Für trockengelegte Moorstandorte, die intensiv für die Landwirtschaft genutzt werden, empfiehlt die Stellungnahme, gemeinsam mit den Landwirtinnen und Landwirten neue Nutzungskonzepte zu entwickeln und finanziell zu fördern, beispielsweise die Umstellung auf sogenannte Paludikulturen zur Erzeugung von Biomasse (wie Rohrkolben, Schilf und Erlen), Beweidung auf Nassweiden oder die Nutzung als Standort für Photovoltaikanlagen. Die Fachleute sprechen sich außerdem dafür aus, Ökosystemleistungen zu honorieren. Wenn der Moorschutz in den CO<sub>2</sub>-Emissionshandel einbezogen wird, könnten Landbesitzende ökonomisch davon profitieren, dass ihre Flächen wiedervernässt werden. Im Gegenzug sollten klimaschädliche Subventionen, die noch immer die Entwässerung der Landschaft fördern, abgeschafft werden.

Die Stellungnahme wurde von der interdisziplinär besetzten Arbeitsgruppe „Klima, Biodiversität, Rohstoffe: Für eine integrierte Nutzung von Mooren und Auen“ erarbeitet. Beteiligt waren Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aus den Fächern Ökologie, Biologie, Hydrologie, Soziologie, Agrartechnik und Umweltökonomie sowie den Rechtswissenschaften.

Im Kontext der Stellungnahme ist heute ergänzend das digitale Dossier „Vom Wandel nasser Landschaften“ erschienen.

### **Über die Nationale Akademie der Wissenschaften Leopoldina**

Als Nationale Akademie der Wissenschaften leistet die Leopoldina unabhängige wissenschaftsbasierte Politikberatung zu gesellschaftlich relevanten Fragen. Dazu erarbeitet die Akademie interdisziplinäre Stellungnahmen auf der Grundlage wissenschaftlicher Erkenntnisse. In diesen Veröffentlichungen werden Handlungsoptionen aufgezeigt, zu entscheiden ist Aufgabe der demokratisch legitimierten Politik. Die Expertinnen und Experten, die Stellungnahmen verfassen, arbeiten ehrenamtlich und ergebnisoffen. Die Leopoldina vertritt die deutsche Wissenschaft in internationalen Gremien, unter anderem bei der wissenschaftsbasierten Beratung der jährlichen G7- und G20-Gipfel. Sie hat rund 1.700 Mitglieder aus mehr als 30 Ländern und vereint Expertise aus nahezu allen Forschungsbereichen. Sie wurde 1652 gegründet und 2008 zur Nationalen Akademie der Wissenschaften Deutschlands ernannt. Die Leopoldina ist als unabhängige Wissenschaftsakademie dem Gemeinwohl verpflichtet.

*Ansprechpartner:*

*Dr. Henning Steinicke*

*Stellvertretender Leiter der Abteilung Wissenschaft – Politik – Gesellschaft*

*E-Mail: [politikberatung@leopoldina.org](mailto:politikberatung@leopoldina.org)*

Die Stellungnahme steht auf der Homepage der Leopoldina zum Download bereit unter:

[www.leopoldina.org/publikationen/detailansicht/publication/klima-wasserhaushalt-biodiversitaet-fuer-eine-integrierende-nutzung-von-mooren-und-auen-2024/](http://www.leopoldina.org/publikationen/detailansicht/publication/klima-wasserhaushalt-biodiversitaet-fuer-eine-integrierende-nutzung-von-mooren-und-auen-2024/)

## Drei-Länder-Gipfel zum Wasserhaushalt in der Lausitz

*In der Lausitz droht in den nächsten Jahren ein Wassermangel. Gründe dafür sind der Klimawandel und die Folgen des Braunkohleabbaus. Umstritten ist eine Überleitung aus der Elbe in die Spree.*

EPD<sup>1</sup> Pressemeldung vom 17. Juni 2024

Sachsen, Brandenburg und Berlin wollen gemeinsam die Wasserversorgung der Lausitz sicherstellen. Das bekräftigten die Ministerpräsidenten von Sachsen und Brandenburg, Michael Kretschmer (CDU) und Dietmar Woidke (SPD), sowie der Regierende Bürgermeister von Berlin, Kai Wegner (CDU), am 14. Juni bei einem „Wasser-Gipfel“ in Berlin. Hintergrund ist unter anderem ein zu erwartender sinkender Pegelstand der Spree im Zusammenhang mit dem Kohleausstieg bis 2038.

Die drei Länder-Chefs forderten die Bundesregierung auf, die nötigen wasserwirtschaftlichen Anpassungen finanziell abzusichern. In einer gemeinsamen Erklärung betonten sie: „150 Jahre Braunkohlenbergbau haben die Lausitz nachhaltig geprägt und den natürlichen Wasserhaushalt tiefgreifend beeinflusst.“ Eine Folge des Kohleausstiegs werde ein Wasserdefizit sein.

Kretschmer erklärte: „Die Hälfte des Wassers der Spree kommt derzeit aus den Tagebauen.“ Die Wassersicherheit für die Zeit nach dem Kohleausstieg sei eine Generationenaufgabe, die nur gemeinsam und mithilfe des Bundes gestemmt werden könne. Woidke sagte, verschiedene Möglichkeiten zur Wasserspeicherung oder zur Überleitung von Wasser in die Spree müssten zeitnah geprüft werden.

Berlins Regierender Bürgermeister Wegner erklärte, Trockenphasen und Hitzerekorde führten auch in Berlin zu einem grundlegenden Umdenken, „wie wir mit der lebenswichtigen Ressource Wasser umgehen“. Die Veränderungen in den Kohleabbaugebieten seien in Berlin vor allem an der Spree zu spüren. Deren Pegelstand hänge bislang stark von den Einleitungen aus den Tagebauregionen ab.

---

<sup>1</sup> Evangelischer Pressedienst - EPD

Sachsens Umweltminister Wolfram Günther (Grüne) betonte, die Lausitz sei eine Wassermangelregion und der Wasserhaushalt infolge des Bergbaus „schwerst gestört“. Es werde Generationen dauern und viele Milliarden Euro kosten, dies zu reparieren.

Nach Ende der Kohleförderung werden die sogenannten Sumpfungswasser aus den Tagebauen fehlen, die heute zwischen 50 und 80 Prozent des Wassers in der Spree ausmachen. Das verschärfe das Problem, sagte Günther. Zugleich kritisierte er, dass für die Lausitz noch immer keine ausreichenden Grundwasserdaten vorliegen würden.

Als Lösung für das Problem der Wasserknappheit in der Lausitz wird ein sogenannter Elbe-Überleiter in die Spree diskutiert, um Wasser aus dem einen Fluss in den anderen zu leiten. Günther sieht dies skeptisch. Es brauche eine Vielzahl von großen wie kleinen Maßnahmen. „Wir brauchen mehr Wasserrückhalt in der Fläche und das an vielen Orten“, sagte der Umweltminister.

Auch der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) in Sachsen kritisierte einen möglichen Überleiter aus der Elbe in die Spree. Der sächsische BUND-Vorsitzende, Felix Ekardt, befürchtet, dass damit der Wassermangel entlang der Elbe verschärft würde.

Das Umweltnetzwerk Grüne Liga fordert eine Korrektur der Tagebaupläne, wenn künftig noch genug Wasser in Berlin ankommen soll. Es schlägt weniger künstliche Seen und einen früheren Kohleausstieg vor. Der Sprecher der Grünen Liga, René Schuster, forderte, dass Bergbauunternehmen an den Kosten für Wasserspeicher und Wasserüberleitungen beteiligt werden.

## **Leitbild AG Kirchenwald aktualisiert**

### **Ziele und Aufgaben der Arbeitsgemeinschaft Kirchenwald**

Der Kirchenwald ist Teil jahrhundertealten kirchlichen Besitzes, durch den kirchliche Waldbesitzer örtlich verwurzelt sind und für den sie Verantwortung tragen. Neben seiner ursprünglichen Zweckbestimmung, durch Erträge aus nachhaltiger Bewirtschaftung kirchliche Arbeit langfristig zu sichern, erfüllt der Kirchenwald heute eine Vielzahl weiterer Funktionen. Er trägt zur Sicherung der Lebensgrundlagen der Menschen sowie zur Stärkung des ländlichen Raumes und damit zur sozialen Verantwortung der Kirchen bei.

Die Erhaltung und Entwicklung des Kirchenwaldes mit seinen vielfältigen ökonomischen, ökologischen und sozialen Funktionen ist auch praktiziertes Bekenntnis unserer Kirchen zur Bewahrung der Schöpfung.

Die AG Kirchenwald trägt dazu bei, dass die Kirchen durch Bewirtschaftung und Pflege ihres Waldes einen glaubwürdigen Beitrag zur Verkündigung des Evangeliums leisten. Sie setzt sich deshalb dafür ein, den Wald in kirchlichem Eigentum zu erhalten, seine nachhaltige Bewirtschaftung im Hinblick auf seine Nutz-, Schutz- und Erholungsfunktion zu sichern und zugleich in der Perspektive und in heutigen forstwirtschaftlichen Maßnahmen die besondere ökologische Verantwortung der Kirchen im Bereich Wald zu praktizieren und zu demonstrieren.

### **Die Arbeitsgemeinschaft Kirchenwald**

- fördert das Verantwortungsbewusstsein in Kirchen und Kirchengemeinden für die Bewahrung und Pflege des Kirchenwaldes als Teil des gelebten christlichen Glaubens.
- trägt durch regelmäßigen Erfahrungsaustausch und Fort- und Weiterbildung zur Bewusstseinsbildung und zur Erreichung dieser Ziele bei.
- will die ökonomische und ökologische Verantwortung für den Kirchenwald in die Entscheidungsprozesse der Kirchen einbringen und die Verantwortung der Öffentlichkeit für die Erhaltung der Lebensgrundlagen künftiger Generationen einfordern.

---

## AUS DEN KIRCHEN

---

Das Leitbild der AG Kirchenwald wurde auf der Gründungsversammlung am 24. November 1994 in Hirschluch bei Storkow/Mark diskutiert und beschlossen, beim 10-jährigen Jubiläum am 14. Mai 2004 in Lobetal sowie bei der Tagung der AG Kirchenwald vom 7. bis 9. Mai 2014 in Brandenburg/Havel überarbeitet.

Jahrestagung der AG Kirchenwald in Loccum am 8. Mai 2024

Weitere Informationen:

Michael Schicketanz

[michael.schicketanz@kirchenwald.de](mailto:michael.schicketanz@kirchenwald.de)



Abschlussfestival vom 13. bis 15. September in Dresden

Angesichts vielfältiger Krisen, die nach globalen und lokalen Antworten im Sinne einer großen Transformation rufen, rückt die Veranstaltung „Hoffnung für die Erde leben“ die Rolle der Kirchen für eine nachhaltige, gerechte und friedliche Entwicklung in den Blick.

Dresden spielte als Ort der Ökumenischen Versammlung in der DDR 1988/89 eine wichtige Rolle im Konziliaren Prozess für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung.

An diese Erfahrungen wollen die Organisatoren anknüpfen:

Geplant sind vielfältige Formate, die gegenwärtige Suchbewegungen und Hoffnungsgeschichten ins Zentrum setzen und miteinander verknüpfen. Drei große thematische Panels zu Gerechtigkeit – Frieden – Schöpfung verbinden Expertise aus Wissenschaft, Handeln und Erleben.

Workshops, Denk- und Diskussionsformate, Wege und Erfahrungsräume bieten Raum für ganzheitliche, kreative, erfahrungsbezogene und spirituelle Zugänge. Die Bewerbungsfrist für Workshopangebote lief bis 1. Juni 2024 und ist abgeschlossen.

„In Nachtgebeten und Gottesdiensten geben wir unserem Schmerz, unserer Klage und unserer Hoffnung Raum und wollen uns auf unserem Weg stärken lassen“, heißt es in der Ankündigung.

---

## AUS DEN KIRCHEN

---

Die Teilnahme ist kostenlos. Es wurden Hotelkontingente in der Stadt reserviert.

Weitere Informationen und Anmeldemodalitäten finden Sie auf der Homepage:  
[www.hoffnungleben2024.de/mitmachen/dresden-2024](http://www.hoffnungleben2024.de/mitmachen/dresden-2024)

### **Die Kampagne teilte sich in zwei Phasen.**

In einer ersten Phase (März 2024 bis September 2024) wurden dezentrale Veranstaltungen und digitale Beteiligungsformate durchgeführt und angeboten.

Die zweite Phase bildet die Abschlussveranstaltung „Hoffnung für die Erde leben. Gerechtigkeit - Frieden - Schöpfung“, vom 13. bis 15.9.2024 in Dresden.

Getragen wird die Aktion von der Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen in Deutschland (ACK), die von einem breiten Netzwerk von Kirchen, regionalen ACKs, Initiativen und Einzelpersonen unterstützt wird.

### **Kirche im Barnim: Werkstattabend für Klimaschutz**

Pressemitteilung des Gemeindegemeinderates der Evangelischen Kirchengemeinde Eberswalde

Die Leitung der Landeskirche war auf ihrer „Klimatour“ in der Johanniskirche in Eberswalde. Unter der Überschrift „Klimaschutz ist machBAR“ hat der Evangelische Kirchenkreis Barnim einen Werkstattabend zur „Klimatour“ von Bischof Christian Stäblein und Pröpstin Christina-Maria Bammel ausgerichtet. Die Teilnehmenden aus dem Pfarr- und Mitarbeitendenkonvent des Kirchenkreises, der Kreissynode, der Leitung des Kirchenkreises sowie interessierte Gemeindeglieder diskutierten über die Möglichkeiten, die die Kirche hat, um den Herausforderungen des Klimawandels zukunftsfähig zu begegnen.

Im Rahmen ihrer „Klimatour“ besuchen Bischof und Pröpstin in diesem Jahr vier ausgewählte Kirchenkreise, um hinzuhören und das Gespräch zu suchen über das, was Menschen angesichts der Klimakrise bewegt. Beide gehören der Leitung der Landeskirche EKBO<sup>1</sup> an. Zur zweiten Station der Tour waren Haupt- und Ehrenamtliche des Kirchenkreises Barnim in die Johanniskirche Eberswalde eingeladen. Für die Teilnehmenden war Zeit zu Meditation, schöpferischem Dialog, gemeinsamer thematischer Arbeit und für einen kleinen, nachhaltigen Imbiss – umrahmt von Orgel- und Saxophonmusik.

„Die Landeskirche besitzt rund 6000 Liegenschaften“, sagte Christina-Maria Bammel. „Unsere Verantwortung für den Erhalt der Schöpfung fordert uns zu einer neuen Haltung heraus, wie wir diese Flächen und Gebäude zukünftig nutzen wollen. Die Johanniskirche haben wir deshalb als Station auf der Klimatour ausgewählt, weil sie als Ort der Begegnung und als Kultur- und Bildungsort mit multifunktionaler Nutzung über die Grenzen des Kirchenkreises hinaus bereits eine Vorbildfunktion hat“, soweit die Pröpstin.

„Beabsichtigt ist, die Johanniskirche in Eberswalde nachhaltig umzubauen und um einen Anbau zu erweitern, der das Klima nicht zusätzlich belastet“, erläuterte Pfarrer Christoph Brust, der Vorsitzende des Leitungskollegiums im Kirchenkreis. „Eine Erdwärmeheizung soll mit Strom aus einer Photovoltaikanlage

---

<sup>1</sup> EKBO = Evangelische Landeskirche Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz

versorgt werden. Der Anbau soll in unverleimter Holzbauweise errichtet werden mit so genanntem Kalamitätsholz, das nach Schädlingsbefall und Windbruch anfällt“, ergänzte Projekt-Initiator Tino Kotte.

Pfarrer Brust betonte: „Wir haben von Anfang an großen Wert darauf gelegt, dass bei größeren Vorhaben Umwelt- und Klimaaspekte im Vordergrund stehen“. So habe man sich schon 2017 in der Kreissynode mit Nachhaltigkeitsthemen befasst – seinerzeit mit der Frage der zukünftigen Bewirtschaftung und Verpachtung von Kirchenland.

Zur Hochschule für Nachhaltige Entwicklung Eberswalde (HNEE) pflege der Kirchenkreis überdies enge Verbindungen, die bereits zu gemeinsamen Projekten geführt hätten. So kamen in der Eingangspräsentation einige Beispiele aus dem Kirchenkreis für klimaschonendes Handeln zur Sprache wie z.B. die Hauptnutzung des BARshareElektroautos am Standort „Kirchplatz“ in Joachimsthal.

Bei der weiteren inhaltlichen Arbeit diskutierten die Teilnehmenden an vier Stationen über das, was zusätzlich im Kirchenkreis Barnim noch möglich – „machBAR“ – ist. Moderiert von Christina-Maria Bammel und Kreisjugendwart Heinrich Oehme ging es an der ersten Station um ein „attraktives Zukunftsbild nachhaltiger Lebensstil“: Was kann dazu beitragen, einen angemessenen Lebensstil zu entwickeln?

Die zweite Station moderierten Pfarrer Christoph Brust und Jörn Budde, Leiter des Umweltbüros der EKBO, zum Thema: „Immobilien: Last oder Chance?“ und sie wollten erfahren, was die Möglichkeiten verstärkt, mit Kirchen, Gemeinde- und Pfarrhäusern die Verantwortung für die Schöpfung wahrzunehmen.

An der dritten Station zum „Forum Johanniskirche“ fragten Projektsteuerer Markus Janitzky und Projekt-Initiator Tino Kotte, was dazu beiträgt, viele Mitbürger:innen für die Mitwirkung am offenen Forum zu gewinnen.

Die vierte Station moderierte Pfarrerin Brigitte Koppehl unter der Überschrift „Motivation zum Handeln finden“ - Was stärkt uns, unseren Handabdruck zu vergrößern?

In der Gesamtmoderation führte Georg Wagener-Lohse, Spezialist für Nachhaltige Energiesysteme, die Beiträge der Stationen zusammen. „Die unterschiedlichen Perspektiven der Teilnehmenden haben gezeigt, welche Möglichkeiten für einen „regenerativen“ Lebensstil bestehen, der die bestehenden Ressourcen schon und auf Erneuerbares setzt“, fasst er zusammen. Klar sei auch, dass es an vielen Orten noch begrenzte Möglichkeiten gebe, alles Wünschenswerte auch konkret werden zu lassen. Es gehe um ein verändertes Verständnis, auch innerhalb der Kirche, damit wir auf eine Zukunft zusteueren, in der die Menschen sich weiterhin wohlfühlen könnten. Die Johanniskirche sei dafür ein Beispiel, das Mut mache.

Das Projekt „Dritter Ort Johanniskirche“ wird von einem Bürgerforum getragen, das sich aus ganz unterschiedlichen Akteuren zusammensetzt. Wie sehr das zur Vernetzung in der Stadt und der Region beigetragen hat, zeigte sich unter anderem an dem unter Nachhaltigkeits-Gesichtspunkten gestalteten Imbiss: Klimaschonend transportierter Kaffee von der Eberswalder Waldstadtrösterei, organisch produzierte Lebensmittel und Getränke am Büfett, das von den Eberswalder Unternehmen „GLOBUS Naturkost“ und „Krumme Gurke“ geliefert wurde.

Umrahmt wurden die einzelnen Programmpunkte des Abends durch meditative Klänge, die der Saxophonist Alexej Zaharenka und die Kirchenmusikerin Anastasia Suvorov zu Gehör brachten.

Den spirituellen Rahmen der Veranstaltung setzte Pfarrerin Andrea Richter, sie ist Beauftragte für Spiritualität in der EKBO im Amt für Kirchliche Dienste.

## Entscheidungshilfe Mobilfunk

Mit dem Ausbau der neuen Mobilfunktechnologie 5G werden die Anfragen der Mobilfunkbetreiber zur Nutzung der Kirchtürme an unsere Kirchengemeinden zunehmen. Die Installation einer Mobilfunksendeanlage im Kirchturm wirft zahlreiche Fragen auf und führt oftmals zu kontroversen Diskussionen in den Kirchvorständen und der Nachbarschaft. Der als Leitfaden zusammengestellte Überblick dient dazu, eine Entscheidungshilfe zu geben.



*Ansprechpartnerin:*

*Manuela Kolster*

*Referentin für Umwelt und Ländliche Entwicklung an  
der HVHS /*

*Ansprechstelle für Umweltfragen in der Landeskirche*

*Telefon: 034348 839912*

*E-Mail: manuela.kolster@hvhs-kohren-sahlis.de*

Weiterführende Informationen:

Bundesamt für Strahlenschutz

[www.bfs.de](http://www.bfs.de)

Bundesnetzagentur

[www.bundesnetzagentur.de/cln\\_131/DE/](http://www.bundesnetzagentur.de/cln_131/DE/)

Strahlenschutzkommission

[www.ssk.de](http://www.ssk.de)

## „Atomenergie-Renaissance“ oder energiepolitische Sackgasse?

von Wolfram Hädicke

Die Zeiten, als die Antiatom-Bewegung in Deutschland Massen mobilisiert hat, sind längst Geschichte. Eine neue Generation ist nachgewachsen, die nicht mehr genötigt war, sich damit auseinanderzusetzen und deren Technikaffinität die großen Risiken der Atomenergie beherrschbar erscheinen lässt. Tschernobyl ist fast vergessen, Fukushima vor 13 Jahren kaum noch eine Meldung wert, obwohl beide Katastrophen bei weitem nicht aufgearbeitet und „repariert“ sind. Lubmin<sup>1</sup> wird seit über 30 Jahren rückgebaut und wird noch weitere 30 Jahre brauchen. Der Uranbergbau in Thüringen und Sachsen ist für 7 Mrd. € inzwischen überwiegend saniert, wobei aber Ewigkeitsbelastungen bleiben werden. Und dann bleibt die weltweit ungelöste Frage der Endlagerung.

Der Atomkomplex zündet fleißig Nebelkerzen und verspricht technische Lösungen, die inhärente Sicherheit garantieren wie Mini-AKW oder den Fusionsreaktor. Politiker fast aller Parteien schwadronieren von der CO<sub>2</sub>-freien Kernenergie als Lösung der Klimakrise und sind dabei doch technisch völlig ahnungslos. Einzig die großen Energieerzeuger, die sich auf den Ausstieg orientiert haben, dämpfen den blauäugigen Optimismus.

Vor allem die Länder, die ein militärisches Interesse haben, halten unbeirrt an der Atomenergie fest. Frankreich wird mit seinem immer älter werdenden Kraftwerkspark immer näher an die Grenznutzungsdauer kommen und hat jetzt schon im Sommer große Probleme wegen des zur Kühlung fehlenden Wassers.

Als ich vor ein paar Jahren AfD-Politiker beim Straßenwahlkampf darauf aufmerksam gemacht habe, dass sie sich mit der Option Atomenergie für die teuerste Energieform entschieden haben, erntete ich überraschtes Staunen. Das hätte mir auch bei Vertretern der bürgerlichen Parteien passieren können, obwohl doch die Regierung Merkel 2011 den Rückzug vom Ausstiegsbeschluss der Vorgängerregierung ausgesetzt und verbindliche Restlaufzeiten beschlossen hatte, demgemäß zum 15. April 2023 nach Streckbetrieb die letzten 3 Reaktoren

---

<sup>1</sup> Kernkraftwerk Lubmin bei Greifswald (1974 bis 1990 in Betrieb)

---

## RENAISSANCE DER ATOMKRAFT?

---

vom Netz gegangen sind.

Dass nun ausgerechnet die CDU versucht, die grünen Minister der amtierenden Regierung als ideologiegebunden vorzuführen, ist ein übles Possenspiel. Hier wird übersehen, dass die Anti-Atombewegung der 1970er und 80er Jahre mitnichten von grüner Ideologie gesteuert war. Es ging um zivilgesellschaftliches Engagement quer durch fast alle Milieus und politischen Lager in der Sorge um die Gesundheit der Enkel. Nicht erst heute zeigt sich, dass die Zweifel und Befürchtungen gegenüber versprochenen absoluten Sicherheiten nicht unbegründet waren, ja, dass sie in hohem Maße geboten waren. Es war nicht nur „German Angst“, sondern die sich informierende Zivilgesellschaft hinterfragte in Gestalt einer Vielzahl von Bürgerinitiativen die Scheinsicherheiten und demaskierte so menschenverachtende, unverantwortliche Technologie und eine sie deckende Politik. Die Stichworte Gorleben, Asse, Wackersdorf stehen dafür. Dass die Grünen dann die Partei war, die diesen Impuls aufgenommen und in die Parlamente getragen hat, hat den Atomausstieg erst möglich gemacht. Da gab es einen breiten gesellschaftlichen Konsens. Den jetzt nachträglich, partiell, haarspalterisch infrage zu stellen, ist kein Ausweis für Sachkenntnis und Verantwortungsbewusstsein.

Ja, der deutsche Sonderweg des Atomausstiegs steht natürlich auch unter Druck durch die Tatsache, dass die EU diese Energieform in Rahmen ihrer Taxonomie als klimafreundlich eingestuft hat und nicht wenige EU-Staaten weiterhin bzw. neu auf Atomkraft zu setzen bereit sind. Sie werden alle früher oder später mit den bekannten Problemen zu tun bekommen: Uranbeschaffung, Baukostensteigerung und enorme Bauzeitverlängerung, Garantie der inhärenten und äußeren Sicherheit der Anlagen, Zwischen- und Endlagerung, Rückbau der verschlissenen Anlagen. All das ist privat weder finanzierbar noch zu versichern. Darum wird vor allem dort weiter auf Atomkraft gesetzt, wo der Staat ein militärisches Interesse hat.

Im vorigen Jahr hat es sich zum 35. Mal geöhrt, dass das Kirchliche Forschungsheim die „Pechblende“ von Michael Beileites herausgegeben und damit die Initialzündung des bürgerschaftlichen Engagements gegen den Uranbergbau der späten DDR gegeben hat. Hans-Peter Gensichen schreibt in seinem Vorwort: „Das Forschungsheim ist seit seiner Gründung (1927) darauf ausgerichtet, konkrete Problemgebiete der Naturwissenschaften so zu beleuchten, dass dadurch den

---

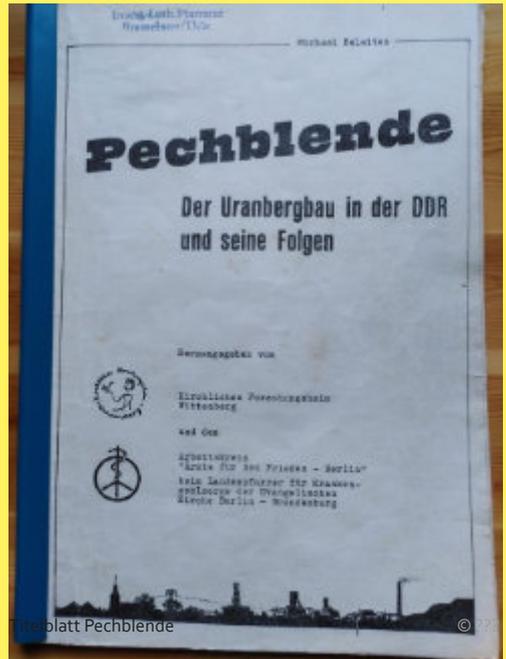
# RENAISSANCE DER ATOMKRAFT?

---

Betroffenen geholfen wird, den Willen Gottes in unserer heutigen Welt zu erkennen und zu verwirklichen. Eben dazu ist die Studie von Michael Beleites ein beachtlicher Beitrag.“ Und der Mit-herausgeber Sebastian Pflugbeil fragt: „Welche naturwissenschaftlich abgesicherten Erkenntnisse brauchen wir denn noch, um begründet von der Nutzung der Kernenergie Abstand zu nehmen? ... Die Gefährdung durch radioaktive Strahlung wird immer noch stark unterschätzt.“

Ich habe 1988 mit 20 Exemplaren der „Pechblende“ das Ronneburger Pfarrhaus bezogen und im Herbst den Kirchlichen Umweltkreis Ronneburg gegründet, der seitdem bis in die Gegenwart die Sanierung des Uranbergbaus kritisch-konstruktiv begleitet. Unideologische, sachorientierte Arbeit ohne Beschädigung von Personen ist bis heute das Erfolgsrezept der Bürgerinitiative. Wo

wir Belastungen vermutet haben, haben sich bei entsprechenden Kontrollen oft auch Dosisüberschreitungen bestätigt. Über die Jahre hat sich bei den Aktiven Sachkenntnis entwickelt, die einen Ideenwettbewerb auf Augenhöhe ermöglicht.



[www.kirchengemeinde-ronneburg.de/kirchlicher-umweltkreis/](http://www.kirchengemeinde-ronneburg.de/kirchlicher-umweltkreis/)  
[www.kirchengemeinde-ronneburg.de/kirchlicher-umweltkreis/ronneburger-strahlentelex/](http://www.kirchengemeinde-ronneburg.de/kirchlicher-umweltkreis/ronneburger-strahlentelex/)

Die Risiken durch die militärische und friedliche Nutzung der Atomenergie halten unvermindert an. In Deutschland lagern in Büchel/Pfalz im Rahmen der nuklearen Teilhabe 15-20 amerikanische Atomsprengköpfe. Politiker faseln von der Notwendigkeit einer „Eurobombe“. Auch ohne Katastrophe erhöhen die Folgen der 2100 Atomtests und die Freisetzungen in Tschernobyl und Fukushima weltweit das radioaktive Grundrauschen.

---

## RENAISSANCE DER ATOMKRAFT?

---

Dass da mitten Im Kriegsgebiet zwischen der Ukraine und Russland ein schutzloses AKW (Saporischschja) steht, lässt nicht nur die Verantwortlichen der IAEA unruhig schlafen.

Carl Friedrich von Weizsäcker, ein Bahnbrecher des Atomzeitalters, hatte damals gemeint: „Solange die Institution des Krieges nicht abgeschafft ist, ist das Betreiben von Atomkraftwerken zu riskant.“ Dies gilt erst recht für eine Welt, in der Terror an der Tagesordnung ist.



*Wolfram Hädicke, Pfr. i. R., Dessau  
Vorsitzender des Vorstandes des Fördervereins der Studienstelle Naturwissenschaft,  
Ethik und Bewahrung der Schöpfung (Kirchliches Forschungsheim seit 1927) an der  
Ev. Akademie Sachsen-Anhalt e.V.*

Lesen Sie auch:

[www.icrc.org/de/document/warum-der-atomwaffenverbotsvertrag-wichtig-ist](http://www.icrc.org/de/document/warum-der-atomwaffenverbotsvertrag-wichtig-ist)

---

# RENAISSANCE DER ATOMKRAFT?

---

## Daten und Fakten zur Atomkraft

### Atomkraft in Europa

In 12 der 27 EU-Staaten wird in etwa 100 Reaktoren Strom mit Hilfe von Atomkraft erzeugt. Das sind etwa ein Viertel der Reaktoren weltweit.

Eine Übersicht über die europäischen Atomkraftwerke (AKW)<sup>1</sup>

<b>Staat</b>	<b>Anzahl der Kraftwerke &amp; Reaktoren</b>	<b>Bauzeit</b>	<b>Anteil Stromversorgung (Stand 2022, wenn nicht anders vermerkt)</b>	<b>Politik</b>
Belgien	2 AKWs mit insgesamt 5 Reaktoren	1974 - 1985	46,4 Prozent	Atomausstieg beschlossen. Laufzeit der Reaktoren (2) von 1985: bis 2035
Belarus	1 AKW mit 2 Reaktoren	2020 und 2023	11,9 Prozent	23 km von der litauischen Grenze entfernt

---

## RENAISSANCE DER ATOMKRAFT?

---

Bulgarien	1 AKW mit 6 Reaktoren, davon wurden 4 mit dem EU-Beitritt vom Netz genommen	1970er Jahre	32,5 Prozent	Standort des 2. AKW (in Belene) seit 1980 nicht fertiggestellt.
Deutschland	0 AKW (ehemals 11, einschließlich 3 in der ehem. DDR, die nie am Netz waren)		5,8 Prozent	Atomausstieg 2011 beschlossen, Laufzeit bis 2022 (Verlängerung bis 15.4.2023)
Finnland	2 AKWs mit 5 Reaktoren	1980 (4) und 2022 (1)	35 Prozent	Neubau des 5. Reaktors ging 2022 mit 13 Jahren Verspätung an Netz. Es handelt sich um den ersten Druckwasserreaktor vom „neuen Typ“ (EPR) in Europa. Eine Wirtschaftlichkeit ist derzeit nicht gegeben.

# RENAISSANCE DER ATOMKRAFT?

Frankreich	18 AKWs mit 56 Reaktoren	1963 - 1990	62,9 Prozent	
Großbritannien	4 AKWs mit 9 Reaktoren	1956 - 1991	14,2 Prozent	
Italien	0 AKW  (ehemals 4 AKWs mit 4 Reaktoren)	1964 (letzter Reaktor bis 1990)		Volksabstimmung am 12. und 13. Juni 2011: eine Mehrheit von 94 % beschloss, keine neuen Atomkraftwerke zuzulassen
Litauen	1 AKW (1 mit 3 Reaktoren) – 2009 stillgelegt	1983	Bis 2009 72 Prozent	Neubau-Pläne mit Estland, Lettland und Polen
Niederlande	1 AKW mit 2 Reaktoren (1 aktiv)	1973	3,3 Prozent	Atomausstieg 1996 beschlossen, für den letzten Reaktor nicht umgesetzt. Eine Nutzung bis 2033 ist jetzt angestrebt.

# RENAISSANCE DER ATOMKRAFT?

Rumänien	1 AKW mit 2 Reaktoren	Reaktor 1 seit 1996, Reaktor 2 seit 2007,	19,3 Prozent	4 weitere Reaktoren sind geplant, alle kanadischen Typs. Betrieb mit Natur- Uran aus Rumänien.
Schweden	3 AKWs mit 6 Reaktoren	1975	29,5 Prozent	Bis 2035 sollen zwei neue Reaktoren in Betrieb gehen, derzeit gibt es jedoch noch keine konkreten Pläne.
Schweiz	3 AKWs mit 4 Reaktoren	1969, 1971 und 1984	36,4 Prozent	Kein Neubau. Die bestehenden Anlagen sollen nach 50 Betriebsjahre n abgeschaltet werden (2035)

# RENAISSANCE DER ATOMKRAFT?

Slowakei	2 AKWs mit 5 Reaktoren (davon 3 stillgelegt)	1972– 1980 (stillgelegt), 1984/1985 (in Betrieb)	59,2 Prozent	
Slowenien	1 AKW mit 1 Reaktor	1981	42,8 Prozent	Laufzeit bis 2043 verlängert.
Spanien	5 AKWs mit 7 Reaktoren (in Betrieb)	1983 bis 1985	20,3 Prozent	
Ukraine	4 AKWs mit 15 Reaktoren	1984 bis 2004	55 Prozent (2021)	Tschernobyl und Saporischsch
Ungarn	1 AKW mit 4 Reaktoren	1982 bis 1987	47 Prozent	Neubau am Standort geplant, aber vor 2030 nicht realistisch



Kennzeichnet nicht EU-Länder in Europa

## Zwischen- und Endlagerung in Deutschland

In Deutschland sind 15.000 Tonnen abgebrannter Brennelemente angefallen, etwa 6.500 Tonnen wurden nach England und Frankreich zur Wiederaufarbeitung abgegeben. Das verbleibende hochradioaktive Material soll langfristig in einem Endlager dauerhaft sicher untergebracht werden. Bis dahin werden diese hochradioaktiven Stoffe, die zudem stark wärmeentwickelnd sind, in speziell zugelassenen Behältern, den Castor-Behältern, transportiert und zwischengelagert.

Die Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE) geht von einem benötigten Volumen von 27.000 Kubikmetern für das Endlager aus. (Abhängig vom Behälterkonzept für das Endlager kann sich diese Zahl ändern.)<sup>2</sup>

Informationen zur Zwischenlagerung hat das Bundesamt für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung (BASE) in einer Broschüre zusammengestellt: Zwischenlager für hochradioaktive Abfälle - Sicherheit bis zur Endlagerung.<sup>3</sup>

Das Aufkommen an schwach- und mittelradioaktiven Abfällen steigt beim anstehenden Rückbau der Kernkraftwerke zunächst stark an. Zu den heute rund 130.000 Kubikmetern, von denen ein Teil bereits endlagergerecht verarbeitet und verpackt ist, aber nur ein kleiner Teil die Prüfverfahren für die Endlagerung durchlaufen hat, kommen bis zum Jahr 2060 noch einmal rund 170.000 Kubikmeter hinzu. Die Lagerung erfolgt aktuell in 16 Zwischenlagern. Diese insgesamt etwa 300.000 Kubikmeter schwach- und mittelradioaktiven Abfälle sollen später im Endlager Konrad eingelagert werden. Hieran gibt es massive Kritik, die Auswahl des Endlagers wäre politisch motiviert und aufgrund der geologischen Situation unverantwortlich.

Die Lagerung aller radioaktiven Reststoffe wurde 2015 im „Nationalen Entsorgungsprogramm“ vom Bundeskabinett beschlossen. Es hat keine Gesetzeskraft und soll alle drei Jahre überprüft werden. Hier sind auch Details zu Mengen und Herkunft der Abfälle in den einzelnen Zwischenlagern detailliert aufgeführt. Zuständig ist das Bundesamt für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung (BASE).<sup>4</sup> Seit 2020 werden 13 der insgesamt 16 deutschen Zwischenlager von der Bundesgesellschaft für Zwischenlagerung (BGZ mbH) betrieben.

## Endlagersuche

Mit dem Standortauswahlgesetz (StandAG) vom 23. Juli 2013 wurde ein vergleichendes Suchverfahren, das alle potenziell geeigneten Standorte in Deutschland prüfen und bis 2031 einen Endlagerstandort vorschlagen soll, auf den Weg gebracht. Auf Initiative der Landesregierung Niedersachsen wurde eine „Kommission Lagerung hoch radioaktiver Abfallstoffe“ in das StandAG aufgenommen, die dem Standortauswahlverfahren vorgeschaltet wurde. Im März 2017 wurden einige Empfehlungen der Kommission in das StandAG aufgenommen und die Standortsuche begonnen.<sup>5</sup>

Die Zeitplanung der Standortsuche für die tiefengeologische Lagerung hochradioaktiver Abfälle scheint jedoch illusorisch. Statt von 2031, wie es das Nationale Entsorgungsprogramm vorsieht, spricht die BGE von 2046 bis 2068. Das heißt: alle radioaktiven Abfallstoffe müssen weiterhin oberirdisch gelagert werden. Gefordert wird deshalb ein Konzept für die Sicherung der bestehenden Zwischenlager für die nächsten 80 Jahre (Quelle: Atommüllreport).<sup>6</sup>

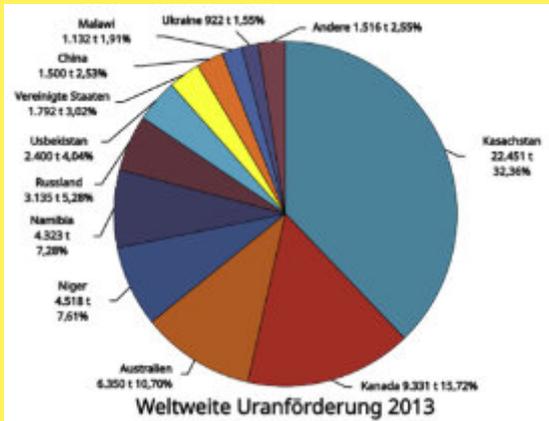
Am 28.09.2020 veröffentlichte die BGE den „Zwischenbericht Teilgebiete“. Er weist 46 Prozent der Fläche Deutschlands als ungeeignet für die dauerhafte tiefengeologische Lagerung radioaktiver Abfälle aus. Das sind Gebiete, die laut Standortauswahlverfahren vulkanische oder seismische Aktivitäten, natürliche oder durch bergbauliche Aktivitäten hervorgerufene Störungszonen oder junges Grundwasser aufweisen. Demnach sind 54 Prozent der Flächen „noch im Rennen“ und werden weiter untersucht.

## Uran-Abbau

Die drei größten Uranbergbaugebiete lagen 2013 in Kasachstan, Kanada und Australien (Grafik). In 2022 hat der Abbau in Namibia die Förderung in Australien überholt.<sup>7</sup>

In der weltweit zweitgrößte Mine Husab wurde 2013 vom Unternehmen Swakop Uranium (eine Gesellschaft der Republik Namibia und der Volksrepublik China<sup>8</sup>) der Uranabbau begonnen. Das meiste Uran der Mine geht nach China, 20 Prozent landen auf dem internationalen Markt.<sup>9</sup>

# RENAISSANCE DER ATOMKRAFT?



Von Delphiz34 - Eigenes Werk, CCo, <https://commons.wikimedia.org/w/index.php?curid=37798351>

Die bekannten weltweiten Uranvorkommen reichen bei konstanter Urannutzung noch 70 Jahre. Sollten alle Pläne zu AKW-Neubauten weltweit Realität werden, würde das Uran noch 18 Jahre reichen, schreibt Angela Wolff, Referentin Atompolitik und Klimaschutz des Bundes für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND).<sup>10</sup>

Industriell gewonnen wird Uran vorwiegend aus Erzen, die im Tief- wie auch Tagebau

abgebaut werden. Hierfür werden enorme Mengen Erz abgebaut, aus dem dann in mehreren Schritten das Uran gewonnen wird.

Die Konzentration des Urans im Erzgestein ist sehr unterschiedlich, sie liegt in der Regel bei 0,1 bis 0,5 Prozent, in Ausnahmefällen bei bis zu 18 Prozent. Somit müssen sehr große Mengen Erdreich bewegt werden, um Uran wirtschaftlich abbauen zu können.

Für ein AKW mit einer Leistung von 1000 Megawatt pro Jahr werden 160 bis 175 Tonnen Uran benötigt, bei einer Konzentration von 0,2 Prozent sind es insgesamt also über 80.000 Tonnen Gestein, die bewegt und ausgebeutet werden müssen. Mehr als 85 Prozent der vorhandenen Radioaktivität verbleiben in den Abfällen.<sup>11</sup>

Weiterführende Informationen sind im „Uranatlas“ des BUND nachlesbar. [www.bund.net/service/publikationen/detail/publication/uranatlas-2022/](http://www.bund.net/service/publikationen/detail/publication/uranatlas-2022/)

---

# RENAISSANCE DER ATOMKRAFT?

---

## Mini-Atomkraftwerke

Klein, günstig, sicher: im Windschatten der Einordnung der Atomkraft als „grüne Energie“ in der Taxonomie der Europäischen Union werden Mini-AKW als vielversprechende Energieversorgung der Zukunft und als lohnende Investition vorgestellt. Markus Söder wirbt für Klein-AKW auf X (ehem. Twitter): „Es braucht einen neuen #Energiedeal: Eigene #Energie aus Deutschland statt Importen aus anderen Ländern und die Verlängerung der #Kernkraft mit kleinen neuen Reaktoren.“<sup>12</sup>

Geforscht wird an den Small Modular Reactors (SMR) auch am Karlsruher Institut für Technologie zur Sicherheit neuer Kraftwerke. Nuklearwissenschaftler Walter Tromm erklärt: „SMR können nochmal eine höhere Sicherheitsstufe erreichen.“ Im Gegensatz zu herkömmlichen Kraftwerken sollen SMR zwar nur ein Viertel der Leistung produzieren - aber sie seien im Störfall viel leichter zu kühlen.

Ein erstes SMR sollte 2028 in den USA ans Netz gehen. Die Firma Nuscale hat das Projekt jedoch gestoppt. Trotz der Finanzierung durch Steuergelder ist der Preis für das Projekt derart gestiegen, dass die potenziellen Stromabnehmer sich zurückgezogen haben.<sup>13</sup>

Atomkraft bleibt teuer. In der Studie des Bundesamtes für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung (BASE) „Sicherheitstechnische Analyse und Risikobewertung einer Anwendung von SMR-Konzepten (Small Modular Reactors)“ gehen die Forscher davon aus, dass mindestens 3000 solcher Kraftwerke in Betrieb genommen werden müssten. (Derzeit gibt es etwa 400 klassische AKWs)

Auch eignen sich die SMR nicht als Ergänzung der Erneuerbaren Energien für kurzfristige Stromlieferung in der vielfach zitierten „Dunkelflaute“. Sie sind im Bau und Unterhalt so teuer, dass sie sich nur im Dauerbetrieb rechnen.

Andere Forschungen setzen auf technische Neuerungen wie den Thorium-Reaktor, an dem in China geforscht wird. Dieser Reaktortyp benötigt kein Wasser zur Kühlung der Atombrennstäbe. Er wird mit flüssigem Thorium statt mit Uran betrieben. In ihm zirkuliert ein Salz, das sich bei hohen Temperaturen verflüssigt. Das flüssige Salz würde bei einer Störung oder einem Leck schnell abkühlen und kristallisieren. Das Material wäre immer noch radioaktiv, ließe sich aber

---

# RENAISSANCE DER ATOMKRAFT?

---

in Brocken einsammeln. Dieser Reaktortyp soll die Größe eines üblichen Containers haben und in Serie (wie in der Autoindustrie) gebaut werden.<sup>14</sup>

## **EU Taxonomie – Atomkraft wird als klimafreundlich eingestuft**

Die EU-Kommission hat Atomkraft in ihrer Taxonomieverordnung als grüne Energiequelle eingestuft, da sie im Betrieb CO<sub>2</sub>-neutral ist. Diese Verordnung gilt als ein entscheidendes Instrument zur Erreichung der ehrgeizigen Umweltziele des Europäischen „Green Deals“, der darauf abzielt, bis 2050 klimaneutral zu werden.

Bei der Taxonomie handelt es sich um ein System, mit dem Finanzprodukte im Hinblick auf ihre Nachhaltigkeit kategorisiert werden. Mit der Aufnahme der Atomkraft in dieser Liste werden Investitionen in entsprechende Anlagen automatisch als „grün“ gelabelt.

Die Abstimmung im EU-Parlament im Juli 2022 war hoch umstritten, Umweltverbände haben das Ergebnis massiv kritisiert. Mindestens 353 der 705 Abgeordneten hätten dagegen stimmen müssen, um das grüne Siegel für Atomkraft und Gas zu stoppen. Es stimmten 328 dagegen, 278 Abgeordnete dafür und 33 enthielten sich der Abstimmung.

Mit dieser Entscheidung gelten nun besondere technische Bewertungskriterien für Gas und Atomkraft. Anhand dieser Kriterien kann festgelegt werden, dass bestimmte Wirtschaftstätigkeiten, für die es noch keine technologisch und wirtschaftlich machbaren CO<sub>2</sub>-armen Alternativen gibt, im Bereich der Stromerzeugung mittels Gas- und Atomkraftwerke einen wesentlichen Beitrag zu den Zielen des Green Deals leisten können.

Im Fall der Atomkraft sieht die Kommission drei Wirtschaftstätigkeiten als ökologisch nachhaltig an, nämlich Forschungsanlagen mit „minimalem Abfall aus dem Brennstoffkreislauf“, bis 2045 genehmigte Neuanlagen und bis 2040 genehmigte Änderungen an Altanlagen. Dazu müssen die Anlagen bestimmte Auflagen erfüllen bzw. Monitoring-Prozesse durchlaufen. Zudem ist ein detaillierter Plan für die Inbetriebnahme eines Endlagers für hochradioaktive Abfälle bis zum Jahr 2050 vorzulegen. Damit sollen die Aktivitäten die geltenden Anforderungen an die nukleare Sicherheit und Umweltsicherheit erfüllen.

---

## RENAISSANCE DER ATOMKRAFT?

---

Neben Umweltverbänden kritisieren auch Anlegerverbände und Banken die Einbeziehung von Atom- und Gaskraftwerken in die EU-Taxonomie. Zwar begrüßen sie, dass nun Klarheit über die EU-Taxonomie herrscht, jedoch besteht auch die Sorge der Entwertung des Ökolabels durch die Entscheidung der EU. Denn die Einstufung der beiden Energiequellen als „grün“ könnte exakt die Praxis darstellen, die die Verordnung bekämpfen soll – das „Greenwashing“.<sup>15</sup>

---

# RENAISSANCE DER ATOMKRAFT?

---

---

<sup>1</sup>Quelle: Eigene Zusammenstellung von Daten von Global 2000 (Atomkraftwerke in Europa - interaktive Karte | GLOBAL 2000)

<sup>2</sup>[www.bge.de/de/abfaelle/aktueller-bestand/](http://www.bge.de/de/abfaelle/aktueller-bestand/)

<sup>3</sup>[www.base.bund.de/SharedDocs/Downloads/BASE/DE/broschueren/bfe/zwischenlager-broschuere.pdf?\\_\\_blob=publicationFile&v=](http://www.base.bund.de/SharedDocs/Downloads/BASE/DE/broschueren/bfe/zwischenlager-broschuere.pdf?__blob=publicationFile&v=)

<sup>4</sup>[www.base.bund.de/DE/themen/ne/abfaelle/napro/napro\\_node.html](http://www.base.bund.de/DE/themen/ne/abfaelle/napro/napro_node.html)

<sup>5</sup>[www.atommuellreport.de/themen/endlagerung.html](http://www.atommuellreport.de/themen/endlagerung.html)

<sup>6</sup>Ebenda

<sup>7</sup>[www.technik-einkauf.de/rohstoffe/kritische-rohstoffe/diese-unternehmen-produzieren-das-meiste-uran-287.html](http://www.technik-einkauf.de/rohstoffe/kritische-rohstoffe/diese-unternehmen-produzieren-das-meiste-uran-287.html)

<sup>8</sup>[www.swakopuranium.com/swakopuranium/co32810561/lm\\_tt2.shtml](http://www.swakopuranium.com/swakopuranium/co32810561/lm_tt2.shtml)

<sup>9</sup>[www.deraktionaer.de/artikel/gold-rohstoffe/uran-das-sind-die-top-ten-von-cameco-ueberkazatomprom-bis-bhp-20237688.html](http://www.deraktionaer.de/artikel/gold-rohstoffe/uran-das-sind-die-top-ten-von-cameco-ueberkazatomprom-bis-bhp-20237688.html)

<sup>10</sup>[www.bund.net/themen/atomkraft/gefahren/uranabbau/](http://www.bund.net/themen/atomkraft/gefahren/uranabbau/)

<sup>11</sup>Ebenda

<sup>12</sup>[www.zdf.de/nachrichten/wissen/mini-atomkraftwerke-potenzial-strom-akw-ausstieg-100.html](http://www.zdf.de/nachrichten/wissen/mini-atomkraftwerke-potenzial-strom-akw-ausstieg-100.html)

<sup>13</sup>Ebenda

<sup>14</sup>[www.forschung-und-wissen.de/nachrichten/technik/china-startet-bald-ersten-thorium-reaktor-der-welt-13377661](http://www.forschung-und-wissen.de/nachrichten/technik/china-startet-bald-ersten-thorium-reaktor-der-welt-13377661)

<sup>15</sup><https://infopoint-europa.de/de/articles/eu-taxonomie-das-oekolabel-fuer-gas-und-atomkraft>

---

# IMPRESSUM

---

**REDAKTION:**

Siegrun Höhne

**HERAUSGEBER:**

Studienstelle Naturwissenschaft, Ethik und Bewahrung der Schöpfung  
(Kirchliches Forschungsheim seit 1927) der Evangelischen Akademie Sachsen-Anhalt e. V.)  
V. i. S. d. P.: Siegrun Höhne  
Schlossplatz 1d | 06886 Lutherstadt Wittenberg  
Tel.: 03491 4988-0 | Fax: 03491 4988-22  
forschungsheim@ev-akademie-wittenberg.de | www.ev-akademie-wittenberg.de

**MITHERAUSGEBER:**

Manuela Kolster, Evangelisch-Lutherische Landeskirche Sachsens  
Dr. Jörn Budde, Evangelische Kirche Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz  
Dr. Wendelin Bücking, Bistum Magdeburg  
Siegrun Höhne, Evangelische Landeskirche Anhalts  
Kathrin Natho, Evangelische Kirche in Mitteldeutschland

**MITGLIEDSBEITRÄGE UND SPENDEN:**

Die Mitglieder des Fördervereins unterstützen die Arbeit der Studienstelle Naturwissenschaft, Ethik und Bewahrung der Schöpfung mit ihrem Vereinsbeitrag (zzt. 30,- Euro/Jahr), und sie erhalten regelmäßig die BRIEFE. Neue Mitglieder sind sehr willkommen. Bitte nehmen Sie mit uns Kontakt auf.

Wir freuen uns auch über Spenden für die Herstellung und den Versand der BRIEFE.

**BANKVERBINDUNG (MITGLIEDSBEITRÄGE UND SPENDEN):**

Förderverein für die Studienstelle Naturwissenschaft, Ethik und Bewahrung der Schöpfung  
(Kirchliches Forschungsheim) e. V.  
KD-Bank, Bank für Kirche und Diakonie  
IBAN: DE98 3506 0190 1560 0890 11, BIC: GENODED1DKD

**BILDNACHWEIS:**

Titelbild: © Kostas Koufogiorgos  
Themenseiten 4: © Wikipedia, Delphi234

**DRUCK:**

MUNDSCHENK Druck+Medien | Auflage: 700 Stück | Erscheinungsweise: 4 x jährlich

**REDAKTIONSSCHLUSS BRIEFE, HEFT 152 (3|2024): 15.09.2024**

Postvertriebsstück Entgelt Bezahlt  
Vertriebskennzeichen 31127  
DP.AG

**ABSENDER:**

Evangelische Akademie Sachsen-Anhalt e. V.  
Schlossplatz 1d

o6886 Lutherstadt Wittenberg

---

## ZUM SCHLUSS

---

*Wo kämen wir hin, wenn jeder sagte:*

*"Wo kämen wir hin, ...!",*

*und niemand ginge, um zu sehen,*

*wohin wir kämen, wenn wir gingen?*

Kurt Marti